

FAIRCONOMY

Basisheft

Für eine Welt mit Zukunft

Wirtschaft: natürlich!



100 Jahre Silvio Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung
Boden – nicht Kapitalanlage, sondern Gemeingut
Das Geldsystem braucht Negativzinsen

Liebe Leserinnen und Leser,

Zwei große Themenbereiche beherrschen unsere öffentlichen Diskussionen. Zum einen seit 2008 die Finanzkrise, die immer noch nicht überwunden ist, zum anderen seit Mitte 2015 die großen Flüchtlingsströme aufgrund von Krieg, Armut und Aussichtslosigkeit. Wir wollen in diesem Heft für beide Problemfelder ganz neue, ganz andere Perspektiven aufzeigen.

Arbeit selbst bestimmen

Money makes the world go round – Geld ist heute leider zum allesbeherrschenden Faktor geworden. Ob »sich etwas rechnet« entscheidet, ob es realisiert wird, egal, was die Folgen für Mensch und Umwelt sind. Was wir wirklich wollen, wird als idealistisch belächelt und aus finanziellen Gründen zurückgestellt. Die Folge: Wir fühlen uns fremdbestimmt.

Dabei spielen in der Wirtschaft doch neben dem Geld auch noch Arbeit, Boden und Ressourcen eine Rolle. Warum überlassen wir dem Geld die Herrschaft? Das liegt vor allem daran, dass zum einen das (Geld-)Kapital immer noch nicht ausreichend genug unter Angebotsdruck gesetzt wird und zum anderen, dass es in Bodenwerte flüchten kann.

Die sinkenden Zinsen waren zwingend notwendig, um die Zinsbelastung unserer Gesellschaften nicht noch dramatischer ansteigen zu lassen und einen völligen Kollaps des Finanz- und Wirtschaftssystems zu verhindern. Aber die Absenkung ging bislang noch nicht weit genug, als dass es der arbeitenden Bevölkerung tatsächlich spürbar zugute gekommen wäre: Immer noch ist die Arbeitslosigkeit im Euroraum viel zu hoch und der Niedriglohnsektor weitet sich weiter aus.

Gleichzeitig steigt der Wert des Bodens und seiner Ressourcen, die in den Händen weniger konzentriert werden. Damit

steigen auch weltweit die Spannungen, die oft im Kern Interessenkonflikte um Land und Bodenschätze sind.

Geld und Boden als öffentliche Güter

Wollen wir die Konflikte entschärfen, Fluchtursachen bekämpfen und die Arbeit menschenwürdig gestalten und entlohnen, dann müssen wir allen Menschen die Teilhabe sowohl am Geld als auch an den natürlichen Lebensgrundlagen *als öffentlichen Gütern* sichern. Welche Schritte dazu notwendig sind, zeigt dieses Basisheft. Wir hoffen auf Ihre Mithilfe bei der Verbreitung. Unter www.INWO.de/shop können Sie ein Paket Hefte bestellen, um sie in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zu verteilen.

Und wir hoffen vor allem, Sie mit diesem Basisheft für die Ideen der Fairconomy zu gewinnen! Wenn Sie unseren Verein erst jetzt kennen lernen, würden wir uns sehr freuen, Sie bald bei einer unserer Veranstaltungen oder als Neumitglied der INWO begrüßen zu dürfen. Zur Durchsetzung einer gerechteren Geld- und Bodenordnung braucht es viele Unterstützer.

Es grüßt Sie im Namen der INWO



Beate Bockting

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Fehler im System
- 4 Vlado Plaga: Die notwendige System-Aktualisierung
- 5 Werner Onken: 100 Jahre Silvio Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung
- 6 Silvio Gesell: Der Urzins
- 7 Beate Bockting: Ökonomen fordern Durchbrechung der Zinsuntergrenze
- 8 Klaus Willemsen: Für eine soziale und stabile Marktwirtschaft
- 9 Eckhard Behrens: Perspektive Vollbeschäftigung
- 10 Felix Fuders: Auch das Bargeld braucht einen Negativzins
- 11 Aufruf: »Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld«
- 12 Fritz Andres: Der Boden – kein Kapitalgut!
- 13 Alwine Schreiber-Martens: Bodenproblematik und Ressourcenschutz
- 14 Dirk Löhr: Für eine zukunftsfähige Grundsteuer
- 15 Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!«
- 16 INWO Schweiz, Neue Boden-Initiative
- 18 INWO Deutschland
- 20 Interview mit Helmut Creutz
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Unser Wirtschaftssystem – eine Lachnummer?

Impressum

FAIRCONOMY 11. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2015, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 4.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis:

Titelseite: © Torsten Rempt / pixelio.de, Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Olesia Bilkei / fotolia.com; 4: © Yvonne Weis / fotolia.de; 6: © Rebmann / clipdealer.de, Christina v. Puttkamer; 9: © alexraths / clipdealer.de; 12: © NexusPlexus / clipdealer.de; 13: © Kathrin Frischmeyer / pixelio.de; 14: © TIM Caspary / pixelio.de; 20: © Helmut Creutz; 23: © Angelika Bentin / fotolia.de; 24: © Lewis Clarke / geograph.org.uk, © smspsy / fotolia.de

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

A man and a young boy are sitting in a grassy field, looking out over a hazy landscape. The man is wearing a white shirt, a light-colored cap, and suspenders. The boy is wearing a white shirt, a light-colored cap, and suspenders. They are sitting in front of a large, old tree with thick branches. The background is a soft, out-of-focus landscape with green hills and a blue sky.

»Du, Papa, warum hattet ihr eigentlich früher immer so viel Stress?«

»Ach, weißt du, wir hatten da so einen Fehler im System ...«

Die notwendige System-Aktualisierung

Das Wirtschaftssystem kann man als Betriebssystem unserer Gesellschaft betrachten. Es sollte stabil laufen. Das aktuelle System produziert jedoch immer wieder Abstürze, weil unser Geld nicht richtig umläuft. Ein Update des monetären Betriebssystems ist überfällig.

Ein Betriebssystem verteilt die Ressourcen und regelt, wie die verschiedenen darauf laufenden Programme miteinander kommunizieren. Programme wie »Lebensmittelproduktion«, »Bildung« oder »Familie« können auf ganz unterschiedlichen Betriebssystemen laufen, aber auf dem einen System laufen sie flotter, stabiler und mit geringeren Hardware-Anforderungen als auf dem anderen.

Wenn man als Programmierer ein bestehendes Computerprogramm weiterentwickeln oder Fehler darin beseitigen möchte, steht als erstes die Analyse an: Was macht das Programm? Was macht es gut und was läuft falsch? Kann das Programm noch lange so weitergenutzt werden, oder nehmen die Probleme mit weiterer Nutzung zu, bis sie unerträglich sind?

Systemfehler führt zu Umverteilung

Im Kapitalismus, wo die Bedienung von Kapitalinteressen an erster Stelle steht, haben die Besitzer von Kapital (z.B. Bankguthaben, Unternehmensanteile, Land oder Lizenzen) automatische Vermögenszuwächse. Wer den Großteil seines Einkommens aus Kapitalerträgen bezieht, dessen Einkommen steigt damit regelmäßig an. Gibt es aber kein oder so gut wie kein Wirtschaftswachstum mehr, so bedeutet das Ansteigen der Einkommen aus Kapitalerträgen im Gesamtsystem ein Sinken der Einkommen aus Arbeit. Die Ungleichheit nimmt immer weiter zu. Empirisch belegt wird diese logische Erkenntnis zum Beispiel durch Thomas Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert« ($r > g$) oder durch die Oxfam-Studie »Working for the Few – Political capture and economic inequality«.

Wie die Umverteilung durch Zinsen (die stellvertretend für verschiedene Formen von Kapitalrenten stehen) funktioniert, wird durch den in Fairconomy 1/2015 vorgestellten Umverteilungsrechner anschaulich, den Sie hier ausprobieren können: <http://www.inwo.de/analyse/umverteilung/>. Haushalte mit mittlerem Vermögen (Median, nicht arithmetisches Mittel) haben demnach Zinseinnahmen von



Ein Absturz des Computers ist ärgerlich, ein Absturz der Wirtschaft ist fatal. Daher fordern wir ein Update des Geldsystems.

nur um die 1.500 Euro im Jahr, während ihre Arbeitseinkommen und gleichzeitig ihre Ausgaben typischerweise um die 30.000 Euro liegen und sie somit in Mieten, Preisen und Steuern versteckt etwa 10.000 Euro an Zinsen bezahlen – welche wiederum die Besitzer des Großteils der Vermögen, die reichsten 1%, als Kapitaleinkommen beziehen.

Unser Ziel: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Wie es anders gehen kann, zeigt diese Zeitschrift immer wieder. Unser Wirtschaftssystem muss nicht komplett neu gestartet oder durch eine Planwirtschaft ausgetauscht werden. In der Computer-Analogie würde ein solches Vorgehen zur Unterbrechung aller darauf laufenden Programme führen, Datenverlust inklusive; nicht unähnlich den zu beobachtenden Effekten auf die Gesellschaft

bei einem Systemwechsel (siehe Russland und China) oder Absturz und Neustart (siehe die Weltkriege Anfang des 20. Jahrhunderts). Stattdessen kann unser Wirtschaftssystem »im laufenden Betrieb« zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus umgebaut werden. Notwendige Maßnahmen dazu sind die Geld- und Bodenreform, wie sie Silvio Gesell schon 1916 in »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« dargestellt hat. ■

Vlado Plaga, INWO-Vorstand seit 2012, studierte von 2000 bis 2004 an der TU Dortmund Informatik und arbeitet im IT-Bereich.

100 Jahre Silvio Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung

1916 erschien »Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, das Hauptwerk Gesells, das namensgebend für die INWO ist. Was beinhaltet diese »Natürliche Wirtschaftsordnung«?

Nach einer Ausbildung zum Kaufmann in Berlin ließ sich Silvio Gesell 1887 mit einem Importgeschäft für medizinische Artikel in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires nieder. Die dortige Wirtschaftskrise brachte ihn zum Nachdenken über die Ursachen von Inflation und Deflation, von ungerechter Verteilung und Arbeitslosigkeit. Gesell erkannte sie in der Hortbarkeit des Geldes und den daraus resultierenden Störungen des Geldkreislaufs; sie gibt dem Geld die strukturelle Macht, seinen Dienst als allgemeines Tausch- und Kreditmittel entweder von der Zahlung eines Zinses abhängig zu machen oder ihn vorübergehend zu verweigern. Beides hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft: während Zins und Zinseszins zu einer ungerechten Verteilung der Geld- und Produktivvermögen führen, löst die zeitweise Geldhortung Absatzstörungen und Arbeitslosigkeit aus; außerdem macht sie eine stabilitätsgerechte Steuerung der Geldmenge unmöglich, was Schwankungen der Kaufkraft des Geldes zur Folge hat.

Um dieser Verselbständigung des Geldes gegenüber der Realwirtschaft abzuhelpen und eine von spekulativen Störungen freie, bedingungslose Zirkulation zu gewährleisten, schlug Gesell die Einführung von nicht hortbaren »rostenden Banknoten« vor. Sie sollten das Angebot und die Nachfrage auf den Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten in ein Gleichgewicht bringen, damit das Zinsniveau allmählich gegen Null absinken kann. Als Folge davon erwartete Gesell Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung. Hinzu kam unter dem Einfluss des nordamerikanischen Sozialreformers Henry George die Überzeugung, dass der Boden und die Ressourcen Gemeinschaftsgüter aller Menschen sind, an denen es nur zeitlich befristete und entgeltliche Nutzungsrechte geben darf.

Nach dem Ersten Weltkrieg lebte Gesell als Schriftsteller in der Nähe von Berlin, baute sein Modell einer freiheitlichen Alternative zum Kapitalismus und zum Kommunismus weiter



aus und verfasste zahlreiche Kommentare zum Zeitgeschehen in der damaligen Weimarer Republik. Er forderte eine gestaffelte, bis zu 75%ige Vermögensabgabe, um alle Bevölkerungsschichten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft zur Finanzierung der Kriegsfolgen heranzuziehen. Sodann sollte eine kaufkraftstabile Währung ein solides Fundament für den wirtschaftlichen Neubeginn und die Weimarer Demokratie legen. Außerdem lehnte Gesell rechtsextremistische Ideologien ab und trat für eine Anerkennung der Reparationsforderungen der Siegermächte sowie für eine Aussöhnung Deutschlands mit seinen westlichen und östlichen Nachbarn ein. Neben einer sozialen Gerechtigkeit im Inneren sollten eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcen als Menschheitseigentum und eine »Internationale Valuta-Assoziation« die Voraussetzungen für einen gerechten, den Weltfrieden fördernden Welt-handel ohne Monopole und Zölle schaffen.

All diese Ideen hat Gesell in »Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Frei-

geld« zusammengefasst – sein Hauptwerk, das 1916 zuerst in Berlin-Lichterfelde und dann in Bern erschienen ist.

Während der 1920er Jahre fanden diese Ideen nur wenig Beachtung. Dennoch hörte Gesell nicht auf, vor der Gefahr eines erneuten großen Krieges zu warnen und auch die damalige Friedensbewegung aufzufordern, sich stärker für eine Überwindung der wirtschaftlichen Ursachen von Bürger- und Völkerkriegen einzusetzen. Erst nach seinem Tod im Frühjahr 1930 brachte John Maynard Keynes seine Erwartung zum Ausdruck, »dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird«.

Werner Onken ist seit 1982 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der »Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung« verantwortlich für die Redaktion der »Zeitschrift für Sozialökonomie« und das »Archiv für Geld- und Bodenreform«. Er ist Herausgeber der »Gesammelten Werke« von Silvio Gesell (www.silvio-gesell.de).

Silvio Gesell: Der Urzins



Nach der Darstellung, die uns sowohl die bürgerlichen, wie auch die marxfreundlichen Zinsforscher geben, soll der Zins eine untrennbare Begleiterscheinung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sein. Wer die Gütergemeinschaft, den Kommunismus ablehnt und die freie Wirtschaft will, der muß auch die Zinswirtschaft (Kapitalismus) mit in Kauf nehmen« – so sagen alle, die sich bisher den Zins näher angeschaut haben. Daß dann weiter, im Lichte der Sit-tenlehre, die Ansichten in der Beurteilung des Zinses erheblich auseinandergehen, ist von nebensächlicher Bedeutung und trägt zur Klärung der Angelegenheit nichts bei. Ob es sich nach Ansicht der Sozialisten um eine gewaltsame Aneignung, um einen die gute Sit-te verletzenden Mißbrauch wirtschaftlicher Übermacht handelt, oder ob der Zins den bürgerlichen Volkswirten als gerechte Belohnung wirtschaftlicher Tugenden: Ordnung, Fleiß, Sparsamkeit erscheint, das kann dem, der den Zins aufzubringen hat, dem Besitzlosen (Pro-letarier) ziemlich gleichgültig sein. (...)



Nach Gesell kann Geld zurückgehalten werden und somit den Austausch von Waren und Dienstleistungen blockieren.

Die Kraft, die das Geld (...) umlaufen läßt, also die Kapitaleigen-schaft des Geldes, beruht auf folgenden Eigenschaften:

1. Das Geld ist unbedingte Voraussetzung entwickelter Arbeitstei-lung.
2. Das herkömmliche Geld (Metall- und Papiergeld) läßt sich, dank seiner körperlichen Verfassung, unbegrenzt und ohne nennens-werte Lagerkosten vom Markte zurückhalten, während die auf das Geld als Tauschvermittler unbedingt angewiesenen Warener-zeuger (Arbeiter) durch die ständig wachsenden Verluste, die mit dem Aufbewahren der Waren verbunden sind, eine Zwangsnach-frage nach Geld halten.

Kurze Anmerkung:

Die hier zitierten Passagen aus Kapitel 5.2 von Silvio Gesells Haupt-werk »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« umreißen in wenigen Absätzen den Kern der Gesellschen Geldtheorie. In ihrer Einfach-heit bilden sie ein theoretisches Grundmodell, das den Zins aus dem Tauschvorgang Ware gegen Geld herleitet. Das Gesellsche Grundmodell, das den strukturellen Erpressungscharakter des Gel-des aufzeigt, setzt dabei eine »exogene« (also fixierte) Geldmenge voraus (z.B. durch vorhandene Goldreserven oder durch politi-schen Beschluss festgelegt). Daher kann basierend auf Gesells theoretischen Überlegungen die Idee eines Vollgeldsystems bzw.

3. Infolge dieses eigentümlichen Sachverhalts vermag der Kauf-mann von den Warenbesitzern eine besondere Vergütung dafür zu erzwingen, daß er darauf verzichtet, den Austausch der Waren durch Festhalten des Geldes willkürlich hinauszuziehen, d.h. zu verschleppen und nötigenfalls gänzlich zu verhindern.
4. Aus dieser regelmäßigen Vergütung setzt sich der Zins des Han-delskapitals zusammen, und er beträgt, auf den Jahresumsatz ver-teilt, nach mehrtausendjähriger Erfahrung 4-5%.

Diese besondere, vom Handelsgewinn scharf zu trennende Vergü-tung kann selbstverständlich nicht der von seinen leiblichen Bedürf-nissen getriebene Warenkäufer (Verbraucher genannt) erheben (denn hier ist das Bedürfnis des Geldbesitzers nach Warenkauf ebenso drin-gend und unaufschiebbar, wie das Bedürfnis des Erzeugers nach Warenverkauf), sondern nur der als Geldbesitzer auftretende Kauf-mann kann diese Abgabe erheben, der Mann, der die Waren kauf-männisch erwirbt, um sie kaufmännisch zu verkaufen, der Mann, der die Waren kaufen oder den Kauf unterlassen kann, ohne darum persönlich Hunger leiden zu müssen, kurz der Mann, der eine Schiffs-ladung Weizen kauft, obschon er persönlich nur einen Sack davon essen wird. (...) der als Kaufmann auftretende Geldbesitzer, der Eigentümer des allgemeinen, unentbehrlichen Tauschmittels, der kann warten, der kann Warenerzeuger und -verbraucher regelmäßig dadurch in Verlegenheit bringen, daß er mit dem Tauschmittel (Geld) zurückhält. Und die Verlegenheiten des einen sind ja im Han-del das Kapital des anderen. Wären die Warenerzeuger und -ver-braucher (Produzenten und Konsumenten) nicht durch Ort und Zeit voneinander getrennt, so würden sie sich, wie das im Tauschhandel ja noch geschieht, ohne das Geld des Kaufmannes behelfen; aber wie die Dinge nun einmal liegen, ist die kaufmännische Vermittlung (und damit auch der Zins) Notwendigkeit und Regel für den weitaus größten Teil der Warenerzeugung. (...)

Die Ansicht ist heute noch allgemein, daß der Geldzins durch den Wettbewerb der Geldverleiher steigt und fällt. Diese Ansicht ist irrig. Es gibt unter Geldverleihern keinen Wettbewerb; er ist sachlich un-möglich. Stammt das Geld, das die Kapitalisten zu verleihen haben, aus dem Verkehr, so stopfen sie mit dem Weiterverleihen dieses Gel-des nur die Löcher zu, die sie beim Vereinnahmen des Geldes ge-graben haben. Sind 10-100-1000 Geldverleiher da, so sind auch 10-100-1000 Löcher da, die diese Geldverleiher in die Umlaufsbahn des Geldes gegraben haben. Je mehr Geld angeboten wird, um so größer sind diese Löcher. Bei sonst unveränderten Verhältnissen muß sich also immer eine Nachfrage nach Leihgeld einstellen, die dem Geld entspricht, das die Kapitalisten zu verleihen haben. Unter sol-chen Verhältnissen kann man aber nicht mehr von einem Wettbe-werb sprechen, der den Zins beeinflussen könnte. ■

eines 100% Money zunächst als ungerecht und zinstreibend kri-tisiert werden. Entsprechend ließe sich umgekehrt die Praxis des modernen (Gesell noch unbekannten) Centralbankings, keine Geld-mengen, sondern die Geldmarktzinsen mittels geldpolitischer Be-schlüsse zu steuern, mit Gesells Geldtheorie als ökonomisch sinn-voll rechtfertigen – *solange die Geldpolitik die Zinsen angemessen niedrig hält bzw. halten kann*. Gleichwohl schwebte Gesell die Umsetzung des Freigeldes im Rahmen eines Vollgeldsystems vor, da es seines Erachtens vor allem auf die richtige Höhe der Geldgebühr ankommt und somit das Geldsystem ansonsten mög-lichst einfach gestaltet werden könnte.

Ökonomen fordern

Durchbrechung der Zinsuntergrenze

Die Existenz von Bargeld setzt die Untergrenze für die Leitzinsen. Man kann die Zinsen anheben, aber man kann sie nicht viel weiter als auf null senken, weil sonst Bargeld gehortet wird. Immer mehr Ökonomen wollen diese effektive Zinsuntergrenze durchbrechen.



Hohe Wachstumsraten sind in der entwickelten Welt passé. Zwar ist man immer noch bemüht, die langfristigen Wachstumsaussichten schönzureden, doch inzwischen schätzen Ökonomen das potentielle Wachstum gering ein. Der frühere US-Finanzminister Larry Summers erregte große Aufmerksamkeit, weil er eine Periode lang anhaltender, »säkularer« Stagnation für die Industrienationen vorhersagt. Dies ist hoch problematisch, denn es bedeutet bleibend hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Möglichkeiten zum Schuldenabbau und die ständige Gefahr einer wieder ausbrechenden Rezession mit ihren menschlichen Tragödien und politischen Zerwürfnissen, bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die Geldpolitik, die normalerweise durch Zinssenkungen versucht, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, stößt heute an ihre Grenzen. Würden die Notenbanken die Zinsen noch weiter senken, würden Geschäftsbanken und Wirtschaftsteilnehmer Bargeld horten: der Zero Lower Bound ist erreicht.

Statt aber weiterhin ein Wachstum zu beschwören, das nicht mehr kommen wird und aus ökologischen Gründen auch nicht mehr kommen sollte, könnten wir unser Geldsystem an die Situation anpassen. Dazu ist es notwendig, die Zinsuntergrenze zu durchbrechen.

Bereits nach Ausbruch der Finanzkrise hatte der Harvard-Ökonom Gregory Mankiw im April 2009 in der New York Times geschrieben: »It May Be Time for the Fed to Go Negative«. Wenn der erwartete Ertrag der Bargeldhaltung durch geeignete Maßnahmen ausreichend negativ würde, so Mankiw, dann könne die FED die Zinsen unter null senken. Anleger wären dann froh, Geld für beispielsweise -3% verleihen zu können, da der Verlust dann geringer wäre, als wenn sie Bargeld horten würden.

Etwa zeitgleich sprach sich Willem Buiter, damals Professor an der London School of Economics (LSE), für Zinsen von -5 % als ein genauso effektives Mittel wie +5 % aus: »Zumindest käme es damit zu einer Symmetrie in den Instrumenten, die einer Zentralbank

»Es kann sein, dass die Unfähigkeit der Währungsinstanzen, negative Nominalzinsen zu setzen, mit keiner Geldmengen- ausweitung (QE) oder Lockerung der Kreditvergabe wiedergutmacht werden kann.«

Willem H. Buiter*

zur Verfügung stehen, und es würde sie in die Lage versetzen, eine Deflation genauso zu bekämpfen wie eine Inflation.«

Im Mai 2015 haben sich dann Top-Ökonomen und Notenbankler in London zu einer wegweisenden Konferenz zu diesem Thema getroffen (siehe www.cepr.org/5636).

Möglichkeiten der Geldpolitik

Charles Goodhart, früher Professor an der LSE und Mitglied des Monetary Policy Committee der Bank of England, plädiert dafür, zunächst – als einfachste Lösung – die großen Geldscheine abzuschaffen. Auch Buiter, mittlerweile Chefvolkswirt der Citigroup, sieht darin eine mögliche Lösung: »Geben wir jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind ein Konto, das von der Zentralbank garantiert wird wie das beim Bargeld heute schon der Fall ist, welches es uns aber erlauben würde, negative Zinsen zu erheben.« Kleine Scheine wie die 20er oder 50er könnten weiterhin erlaubt sein, aber sicher nicht – wie im Fall Schweiz – eine 1.000-Franken-Note.

Auch eine komplette Abschaffung des Bargelds wird heute erwogen, unter anderem vom ehemaligen Chefökonom des Internationalen Währungsfonds Kenneth Rogoff. Doch viele betrachten Bargeld als »geprägte Freiheit« und befürchten eine totale Überwachung ihrer Zahlungsein- und -ausgänge. Miles Kimball von der University of Michigan will das Bargeld nicht abschaffen, sondern den

Geschäftsbanken eine Gebühr abverlangen, wenn sie Bargeld bei der Zentralbank deponieren.

Auch die INWO favorisiert eine Bargeld-Gebühr, die jedoch mengen- und zeitabhängig *direkt* von den Bargeldnutzern eingezogen werden soll. Die Notenbanken treiben einen riesigen Aufwand, um das Bargeld fälschungssicher zu machen – da wird es auch für die Haltegebühr eine technische Lösung geben. Diverse Vorschläge existieren ja bereits.

Auf nächste Krise vorbereitet sein

Die Schweden haben wie die Schweizer und Dänen schon praktische Erfahrungen mit negativen Leitzinsen gesammelt. Und Martin Andersson vom schwedischen Finanzministerium hält weitere Zinssenkungen durchaus für möglich. Auch EZB-Direktor Benoît Cœuré bestätigte bereits im September 2014 in einer bemerkenswerten Rede, dass die Einführung des negativen Einlagenzins durch die EZB im Juni des Jahres keine Probleme auf den Finanzmärkten verursacht habe.

Mittlerweile sehen selbst deren Vertreter negative Leitzinsen als viel wirkungsvoller an als die gigantischen Bilanzausweitungen der Notenbanken durch quantitative Lockerung (QE). So schließt Alan Howard, Gründer des Hedgefonds Brevan Howard, nicht aus, dass China und Japan negative Leitzinsen in Erwägung ziehen, um dann zu betonen: »Die Federal Reserve und die Bank of England sollten die gleiche Option zur Hand haben. Eine Bilanz von 4,5 Billionen Dollar war ganz bestimmt nicht Teil des ursprünglichen Stimulierungsplans der FED. Das hat politisch Kopfschmerzen bereitet, die durch eine Lockerung der Nullzinsgrenze Besserung erfahren hätten.« Durch Geldmengenausweitung die Wirtschaft ankurbeln zu wollen, bringt unerwünschte Nebenwirkungen. Unser Ziel ist es, die bestehende Liquidität so in Fluss zu bringen, dass sie sich sogar bei negativen Guthabenzinsen zur Verfügung stellt. ■

Beate Bockting, stellv. Vorsitzende der INWO Deutschland, ist seit 2001 in der Redaktion von FAIRCONOMY tätig.

*www.nber.org/papers/w15118.pdf

Für eine **soziale und stabile** Marktwirtschaft

Die zu hohe Belastung von Staaten und Wirtschaft durch Kapitalkosten hat uns in die Krise geführt. Erst die Zinssenkungen haben die nötigen Entlastungen der Schuldner bewirkt. Sie haben positive Auswirkungen für alle Bürger.

Die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden nach Ausbruch der weltweiten Finanzkrise seit Ende 2008 immer weiter gesenkt. Mittlerweile liegen sie um 0 %. Das musste passieren, um einen totalen Zusammenbruch zu verhindern. Einige Beobachter meinen, dass damit der Handlungsspielraum der Notenbank erschöpft sei oder es sinnvoll wäre, die Zinsen bald wieder anzuheben. Doch dem ist nicht so. Es kommt jetzt darauf an, die Zinsbelastung aller Schuldner nachhaltig zu senken. Denn das niedrige Zinsniveau hat für die ganze Gesellschaft viele positive Effekte. Gleichzeitig muss der Geldkreislauf in Schwung gehalten werden, um eine weitere überproportionale Ausweitung der Geldmenge durch die EZB zu vermeiden. Die geldpolitischen Forderungen der INWO nach einer (Zentralbank-)Geldgebühr schafft die Grundlage für eine dauerhaft verteilungsneutrale Währung, die auch bei Wachstumsraten und Guthabenzinssätzen um null optimal funktioniert. Davon sind wir nur noch einen kleinen, jedoch entscheidenden Schritt entfernt.

Vorteile eines Null-Zins-Niveaus

Ein »Null-Zins-Niveau« nützt allen Bürgern, Ländern und der Natur:

Die INWO ...

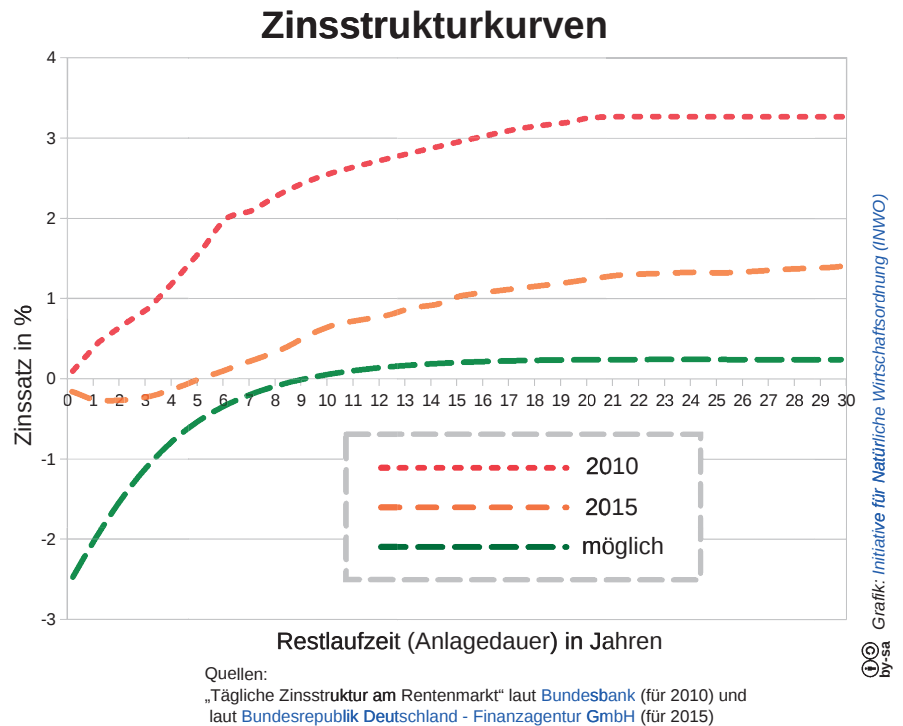
... fördert das Bewusstsein für die Ursachen sozialer und ökologischer Fehlentwicklungen.

... beschreibt den Weg zu einer sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Marktwirtschaft.

... betreibt Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit mit den Schwerpunktthemen Geld- und Bodenordnung.

... trägt ihre Lösungsansätze in gesellschaftlich relevante Organisationen und Institutionen.

... ist eine unabhängige und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation.



- Es verringert die Schuldenlast aller öffentlichen Haushalte und ermöglicht so die Konsolidierung überschuldeter Staaten.
- Es stabilisiert die Sozialsysteme und setzt Mittel frei für Bildung, Infrastruktur u.v.m.
- Es macht ökologische, soziale und kulturelle Projekte wirtschaftlich attraktiver.
- Es senkt auch die Kapitalbelastung der Unternehmen und schafft so Spielraum für Forschung, Innovation, Ausbildung, sowie für kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.
- Es ermöglicht die Vollendung der sozialen Marktwirtschaft und den Verzicht auf permanentes Wirtschaftswachstum.

Der Crash ist vermeidbar

Die niedrigen Zinsen machen langfristige Geldausleihungen derzeit unattraktiv. Daher werden allein im Euroraum mehrere Billionen Euro gehortet und mit spekulativen Absichten liquide gehalten.

Auch bei Zinssätzen um 0 % muss Geld ausreichend ausgegeben, investiert oder langfristig angelegt werden. Den ökonomischen Anreiz erzeugt eine Gebühr auf Zentralbankgeld (ZBG = Bargeld plus Einlagen der Banken bei der Zentralbank). Diese Gebühr gewährleistet die notwendige Zinsdifferenz zwischen unterschiedlichen Laufzeiten und vermindert dadurch Hortung und Spekulation.

Die grüne Zinsstrukturkurve veranschaulicht, welche Effekte mit Durchhaltekosten belegtes Zentralbankgeld auf die kurzfristigen Kapitalmarktzinssätze ausübt. Bedeutende Ökonomen wie John Maynard Keynes, Irving Fisher, Silvio Gesell, Gregory Mankiw und Willem Buiter haben dies in ihren Arbeiten erläutert.

Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist freier Referent der INWO. Seine aktuellen Kommentare zu Wirtschaft und Medien finden Sie hier: www.INWO.de/medienkommentare/

Perspektive Vollbeschäftigung

Eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung besteht darin, dass jeder Mensch, der arbeiten will, auch Arbeit findet, und zwar in dem Umfang, den er sich wünscht. Dies erreichen wir durch eine Haltegebühr auf Geld.



Vollbeschäftigung heißt nicht, dass jeder in einem Vollzeitarbeitsverhältnis steht, sondern dass jeder mit seinem zeitlich individuellen Arbeitsangebot auf Nachfrage stößt und damit Arbeitseinkommen erzielen kann.

Warum kommen das Arbeitskräfteangebot und die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage quantitativ nicht zur Deckung? Diejenigen, die arbeiten möchten, aber keine Anstellung finden, wollen in der Regel arbeiten, um Einkommen zu erzielen, das sie auch ausgeben wollen. Wenn sie Arbeit hätten, würden sie mehr nachfragen. Und wenn die Gesamtnachfrage größer wäre, würden sie Arbeit finden. Das volkswirtschaftlich erklärungsbedürftige Problem ist, dass arbeitswillige Bedürftige keine Arbeit finden, um Einkommen zu erzielen, mit dem sie Nachfrage halten bzw. schaffen können. Die Erklärung hierfür: Die Arbeitslosen finden keine Arbeit, weil mehr oder weniger Wohlhabende Einkommen erzielen, die nicht zu hundert Prozent zu Nachfrage werden.

Die negative Entwicklung zur Arbeitslosigkeit beginnt bei den Einkommensdispositionen derer, deren Bedürfnisse im Wesentlichen gedeckt sind. Man muss sich klarmachen, dass Bedürfnisse nur zu Nachfrage führen, wenn Geldeinkommen (oder Geldvermögen) vorhanden ist. Die Bedürfnisse prägen die Nachfrage nur, insoweit Geld ausgegeben, also Nachfrage überhaupt gehalten wird.

Geldbestände aktivieren

Das zugrunde liegende Problem sind die allzu großen Entscheidungsspielräume der Geldbesitzer. Sie können nicht nur entscheiden, ob sie konsumieren oder sparen oder Geld verschenken, damit andere konsumieren oder in Sachkapital investieren können – sie werden auch nicht angehalten, diese Entscheidungen unverzüglich zu treffen. Sie halten ganz unbewusst den volkswirtschaftlichen Prozess des Produzierens und Konsumierens an, indem sie sich mit ihren Entschlüssen oft viel Zeit lassen. Unterbeschäftigung ist *just in time* die Folge. Verlorene Zeit ist volkswirtschaftlich unwiederbringlich.

Abhilfe schafft hier die von der INWO und ihren Partnern angestrebte Geldgebühr. Sie



»Geld ohne Bedarf« und »Bedarf ohne Geld« – Es gibt in unserer Wirtschaft massenhaft ungestillten Bedarf. Dahin muss das Geld fließen, das in den Händen derer ist, die keinen Bedarf mehr haben!

aktiviert die übermäßig »gehorteten« (kurzfristig verfügbar gehaltenen) Geldbestände. Das Ziel ist ausdrücklich nicht der Mehrkonsum derjenigen, deren Bedürfnisse nach ihrer eigenen Meinung schon gedeckt sind. Es geht darum, dass ihr Geld von anderen ausgegeben werden kann, indem sie dazu gebracht werden, es zeitnah zu verleihen oder zu verschenken. Sie sollen auch angehalten werden, dasjenige, was sie verleihen, so langfristig festzulegen, wie sie es selbst entbehren können. Mit anderen Worten, sie sollen angehalten werden, ihren »Hang zur Liquidität« (Keynes) selbst im Zaum zu halten. Das aktivierte Geld schafft Nachfrage, die wiederum Arbeitsplätze schafft.

Ausweitung der Niedriglöhne stoppen

Bei Vollbeschäftigung bekommen auch die Niedrigqualifizierten eine Chance, weil die besser Qualifizierten nicht mehr genötigt sein werden, ihnen Wettbewerb zu machen, um überhaupt Arbeit zu bekommen. Weil die Unternehmen immer den Bestqualifizierten einstellen, den sie finden können, sind in der unterbeschäftigten Wirtschaft viele Mitarbeiter für ihren Arbeitsplatz überqualifiziert. Die (teilweise) Überqualifizierten würden meist gerne Aufgaben an weniger Qualifizierte abgeben und die Aufgaben ausweiten, für die sie besonders qualifiziert sind. Unterbeschäftigt sind nicht nur die Arbeitslosen und diejenigen Teilzeitbeschäftigten, die gerne mehr arbeiten würden, sondern auch die

vielen für ihren jetzigen Arbeitsplatz überqualifizierten Mitarbeiter. Auch ihr Leistungspotential wird von der unterbeschäftigten Volkswirtschaft nicht voll genutzt. Dementsprechend ist ihr Einkommen geringer als es sein könnte.

Wenn sich der Wettbewerbsdruck auf die Niedrigqualifizierten verringert, werden ihre Einkommen rascher steigen als die Durchschnittseinkommen. Mit zunehmender Verringerung der Einkommensdifferenzen – ohne vollständige Angleichung der Einkommen – werden auch die weniger Qualifizierten mit Vollzeitverhältnissen von ihren Einkommen leben können.

Dies ist der Weg zur Vollbeschäftigungsökonomie. Vollbeschäftigung hat einen grundlegenden Einfluss auf das Verhältnis des Unternehmers zu seinen Mitarbeitern. Wenn Arbeitskräfte knapp sind, führt dies zu einer Aufwertung der Stellung der Arbeit im Unternehmen. Richtig verstandene Vollbeschäftigung stellt Chancengleichheit für alle her. ■

Eckhard Behrens ist Jurist mit umfassendem Studium der Volkswirtschaftslehre, insbesondere bei Prof. Dr. iur. Franz Böhm, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Beruflich war er zuletzt als Dezernent für Studium und Lehre an der Universität Heidelberg tätig. Behrens ist seit 1987 Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung (SffO) in Bad Boll. www.EBehrens.de

Auch das Bargeld braucht einen Negativzins

Seit Juni 2014 erhebt die Europäische Zentralbank einen negativen Zins auf Einlagen, die Geschäftsbanken bei ihr halten. Dies wurde von vielen als Tabubruch gewertet. Es muss allerdings noch weitergehen: Die Negativzinsen dürfen nicht vor dem Bargeld Halt machen.

Benoît Cœuré, ein Mitglied des EZB-Direktoriums, hielt am 9. September 2014 in Frankfurt eine viel beachtete Rede, in der er den Negativzins mit der hundert Jahre alten Idee Silvio Gesells verglich, dem Geldfluss durch Auferlegung einer Hortungsgebühr auf die Sprünge zu helfen. Dass negative Einlagezinsen mit dem Vorschlag Gesells vergleichbar sind, hatten bereits die Ökonomen Gregory Mankiw und Willem Buiter herausgearbeitet.

Um den Vorschlag Gesells zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass Geld in unserem heutigen Finanzsystem zwei sich widersprechende Funktionen erfüllen soll. Einerseits ist Geld ein Tauschmittel, es soll den Austausch von Gütern erleichtern (so bereits Aristoteles). Andererseits erfüllt Geld auch die Funktion eines Wertaufbewahrungsmittels. Silvio Gesell erkannte, dass aus diesem Widerspruch die regelmäßig wiederkehrenden Finanzkrisen entstehen. Wenn nämlich Menschen ihr Geld unter dem Kopfkissen horten, so kann es nicht gleichzeitig als Tauschmittel fungieren. Wenn viele Menschen ihr Geld zuhause aufbewahren, so fehlt dieses im Wirtschaftskreislauf. Die Nachfrage sinkt, Preise sinken, es entsteht Deflation. Normalerweise horten wir deshalb nicht das Geld zuhause, sondern bringen es zur Bank, welche es wiederum durch Kredite im Umlauf hält, weil die Bank uns einen Anreiz verspricht, es dorthin zu bringen. Diesen Anreiz, Geld zu verleihen, nennen wir Zins. Keynes beschrieb den Zins daher treffend als eine »Prämie für den Verzicht auf Liquidität«.

Ständig positiver Zins ist problematisch

Mit dem (positiven) Zins gehen aber schwerwiegende Probleme einher, wie die stetig wachsende Ungleichverteilung, der Wachstumszwang der Wirtschaft und die damit einhergehende Umweltüberbelastung. Sie münden in immer wiederkehrenden Finanz- und Schuldenkrisen.

Statt den Geldfluss durch einen positiven Anreiz aufrechtzuerhalten, könnte man auch über einen negativen Anreiz nachdenken. Und

genau das war die Idee Gesells, dem Geld eine Hortungsgebühr aufzuerlegen. Um das Horten zu verhindern, besteht im Gesell'schen Geldsystem die Pflicht, in regelmäßigen Abständen Gebührenmarken auf die Geldscheine zu kleben. Andernfalls verlören die Scheine an Wert. Das Geld bliebe im Fluss, die Deflation würde vermieden – ohne dass aber gleichzeitig ein positiver Zins mit seinen einhergehenden allokativen Fehlleistungen notwendig wäre.

Das Problem mit dem Bargeld

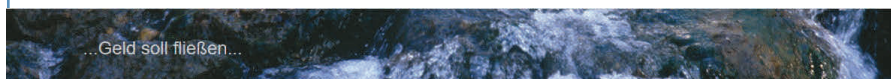
Negative Zentralbankzinsen haben aber nicht denselben Effekt wie Gebührenmarken auf Geldscheinen. Bargeld kann und wird nach wie vor zuhause gehortet oder ins Ausland gebracht werden. Das ist ein großes Problem. In unserem heutigen Finanzsystem riskieren Banken, wenn sie Zinsen auf Spareinlagen auf null (oder gar unter null) setzen, den Abfluss der Guthaben. Das liegt daran, dass Kunden nach wie vor die Möglichkeit haben, Bargeld zuhause zu horten.

Wenn Banken nun nicht mehr genügend kreditwürdige Schuldner finden, um die Guthabenzinsen ihrer Kunden zu bedienen, spekulative Investments durch strengere Bankenregulation ebenfalls schwieriger werden, und es auch bei der EZB keine Zinsen mehr gibt, sondern im Gegenteil Banken für ihre Einla-

gen bei der EZB Parkgebühren zahlen müssen, so bleibt den Banken langfristig aber kaum eine Alternative, als ebenfalls auf Guthaben negative Zinsen zu erheben. Bei einigen Banken geschieht dies ja bereits. Diese Banken laufen jedoch Gefahr, ihre Kunden zu verlieren, weil die das Geld zu anderen Banken bringen, die noch (positive) Zinsen zahlen. Selbst wenn alle Banken sich einig wären, in einer konzertierten Aktion (kartellrechtlich problematisch) negative Zinsen auf sämtliche Einlagen zu erheben, so bestünde nach wie vor die Möglichkeit, Bargeld zuhause oder auch bei entsprechenden Dienstleistern zu horten.

Die Gefahr von Bankenpleiten und damit des Zusammenbruchs des Finanzsystems wächst. Nur Bankeinlagen zu belasten, ohne dass der negative Zins auch dem Bargeld anhaftet, wird nicht den gewünschten Effekt haben, das Geld im Fluss zu halten. Es könnte im Gegenteil die Gefahr von Bankenpleiten und damit eines Bank Runs erhöhen. Darum brauchen wir eine Haltegebühr auch auf Bargeld. ■

Felix Fuders, gelernter Bankkaufmann, ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomie und Ökologische Ökonomie, an der Universidad Austral de Chile, Direktor SPRING Chile, Mitglied der Gesellschaft für Nachhaltigkeit und im Netzwerk für Nachhaltige Ökonomie, Berlin.



Geld soll fließen! – Positionspapier online unterstützen

Gemeinsam mit dem Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., den Zeitschriften »Fragen der Freiheit«, »Humane Wirtschaft« und »Zeitschrift für Sozialökonomie« sowie den Professoren Prof. Dr. Felix Fuders und Prof. Dr. Gerhard Senft haben sich INWO und Fairconomy auf das nebenstehende Positionspapier »Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld« verständigt, mit dem wir unsere Perspektive für eine nachhaltige Geldpolitik in die öffentliche Diskussion einbringen möchten.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Forderung nach einer Belastung der Liquidität mit einer Geldgebühr von rund 5% – also mit weit mehr als dem jetzigen negativen Einlagezins der EZB. Voraussetzung dafür ist, dass auch das Bargeld mit einbezogen wird.

Unterstützen Sie das Positionspapier auf S. 11 im Netz unter: www.geldreform.eu

Aufruf: Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld

Den Zentralbanken gelingt es immer noch nicht, den Geldwert wirklich stabil zu halten. Niedrige Inflationsraten und Zinsen führen außerdem auf den Güter- und den Kapitalmärkten zu neuen Problemen. Eine spürbare Belastung der liquiden Mittel, die den Geldstrom in Fluss hält, könnte die Probleme lösen und den Notenbanken negative Leitzinsen ermöglichen.



uf den Güter- und Kapitalmärkten treten zurzeit Probleme auf, für die es keine Lösung zu geben scheint:

- die günstige Wirkung positiver Inflationsraten auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lässt nach, während eine durch traditionelle Geldpolitik nicht beherrschbare Deflation in gefährliche Nähe rückt;
- die günstige Wirkung positiver Zinssätze auf die Bereitschaft der Sparer zur langfristigen Anlage lässt ebenfalls nach, weil es zwischen kurz- und langfristigen Zinsen kaum noch Unterschiede gibt: Die Zinsstrukturkurve verläuft im Euroraum fast flach.

Sinkende Zinsen und Inflationsraten führen zu einer Ausweitung der Liquiditätshaltung, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hemmt und die Spekulation begünstigt. Die Vorliebe für Liquidität wird zum zentralen Problem der Währungspolitik.

Eine Rückkehr zu höheren Inflationsraten und Zinssätzen ist nicht mit einfachen Mitteln erreichbar und auch nicht wünschenswert. Stattdessen sollte die Liquiditätshaltung selbst durch eine Gebühr belastet werden. Dadurch werden kleine und große Geldbesitzer veranlasst, den Umfang ihrer Liquiditätshaltung auf das für ihre Transaktionen benötigte Maß zu begrenzen: Der Hang zur Liquidität wird auch bei niedrigen Zinsen und Inflationsraten eingedämmt.

Die Belastung der liquiden Mittel (Zentralbankgeld) sollte ca. 5% p.a. betragen und möglichst tagesgenau abgerechnet werden. Sie ließe sich heute

- beim Bargeld (= Zentralbankgeld in privater Hand) in die Sicherheitsstreifen der Banknoten einprogrammieren und
- bei den Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken durch schlichte Abbuchung bewerkstelligen. Auch eine Gebühren-Belastung der Bankguthaben wäre durch Abbuchung möglich.

Indem den Geschäftsbanken der Fluchtweg ins Bargeld oder in Zentralbankguthaben versperrt wird, erhalten die Notenbanken die Möglichkeit, den Leitzins, falls erforderlich,

ausreichend negativ zu setzen. Die Nullzins-schranke wird überwindbar, ohne das Bargeld abzuschaffen. Es genügt, mittels der Haltegebühr die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes einzuschränken.

Eine solche Belastung der liquiden Mittel löst die Probleme, die die niedrigen Inflationsraten und Zinssätze mit sich bringen:

- Auf den Gütermärkten würde eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit eine Glättung der Konjunktur erreicht, zumindest aber die Gefahr einer Deflation gebannt. Der stabilisierte Geldstrom trägt dann den Strom der Arbeitsprodukte kontinuierlich, er unterbricht ihn nicht mehr. Das Gesamtangebot wird nur noch durch die Arbeitsbereitschaft der Menschen und die rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen begrenzt – nicht mehr durch die Gesamtnachfrage. Auch bei stabilem Geldwert und selbst bei einem langfristigen Realzins nahe Null kann die Wirtschaft dann in die Vollbeschäftigung hineinwachsen.

Die Notenbanken müssen nicht weiterhin ein Inflationsziel als Sicherheitsabstand zur Deflation verfolgen, da die Liquiditätsgebühr die für die Deflation kennzeichnenden Nachfrageausfälle nicht mehr aufkommen lässt. Sie können jetzt gefahrlos ein Inflationsziel von +/-Null, also echte Preisniveaustabilität, unmittelbar ansteuern.

- Auf den Kapitalmärkten kann die Zinsstrukturkurve am kurzen Ende durch negative Leitzinsen in den negativen Bereich gezogen werden, weil die Vorliebe für Liquidität durch drohende Verluste ausreichend begrenzt wird. Die Geschäftsbanken können die Belastung ihrer liquiden Bestände in Gestalt negativer Zinsen auf die täglich fälligen Guthaben ihrer Kunden abwälzen und damit deren Ersparnisse auch bei niedrigen langfristigen Zinsen in die mittel- und langfristige Anlage drängen (siehe Grafik S. 8). Sparen bleibt möglich, aber nicht mehr in Geld, sondern verlustlos nur noch durch mittel- oder längerfristige Überlassung des Geldes an andere, die es für ihre Transaktionen benötigen.

Die Veränderung des Anlegerverhaltens wird Notwendigkeit und Risiken der Fristentransformation deutlich begrenzen, den Schattenbanken die Liquidität entziehen, die Erfüllung von Vorgaben aus der Bankenregulierung erleichtern und die Finanzmärkte stabilisieren. Langfristige Geldwertstabilität sorgt auf den Kapitalmärkten für höhere Kalkulationssicherheit und Produktivität von Investitionsentscheidungen. Es wird überflüssig, zwischen Nominal- und Realzinsen zu unterscheiden, weil die Nominalzinsen bei Geldwertstabilität die Realzinsen sind. Das ist nicht zuletzt für die Notenbankpolitik wichtig, weil auf nominale Zinsänderungen, wie jüngste Erfahrungen zeigen, deutlich stärker reagiert wird als auf Realzinsänderungen.

Die Spekulation auf den Vermögensmärkten wird weitgehend zum Erliegen kommen. Einerseits wird durch das veränderte Anlegerverhalten nicht mehr so viel Liquidität zur Verfügung gestellt. Andererseits wird die Stabilität des Preisniveaus und der Konjunktur die Schwankungen im Wirtschaftsgeschehen deutlich reduzieren, die bisher hohe Gewinnanreize boten.

Inflation und hohe Zinsen waren nur mäßig geeignete Instrumente zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Bereitschaft der Sparer zu längerfristigen Anlagen. Mit einer Haltegebühr auf Geld werden diese Unvollkommenheiten weitgehend beseitigt und Konjunktur- und Finanzmarktstabilität deutlich verbessert. Die sozialen und verteilungspolitischen Wirkungen von Vollbeschäftigung und niedrigen Realzinsen werden der Gesellschaft ein friedlicheres und sozial ausgewogeneres Gepräge geben, als sie es heute aufweist. Befreit von der Angst vor Arbeitslosigkeit wird die Gesellschaft auch eher bereit und demokratisch in der Lage sein, die ökologischen Probleme unserer Zeit durch die Setzung eines strengen Ordnungsrahmens zu bewältigen, der die Industrie zur ökologischen Modernisierung und die Verbraucher zu den notwendigen Verhaltensänderungen veranlasst.

Unterstützen Sie dieses Positionspapier online unter: www.geldreform.eu

Der Boden – kein Kapitalgut!

Anmerkungen zu einem Grundirrtum der Ökonomen und zu seinen Folgen in der Wirklichkeit.



Den Boden zum Kapitalgut zu machen, das heißt, den Boden zum Beutegegenstand und die ganze Erde zu einem riesigen Zankapfel zu machen.

Der Boden ist daher nur scheinbar ein Kapitalgut. Er wird dadurch als Kapitalgut maskiert, dass man seinen eigentlichen ökonomischen Wert, die Bodenrente, mit dem auf dem Kapitalmarkt üblichen Zinsfuß kapitalisiert. Bodenpreise beruhen also einerseits auf der Bodenrente, die ein Ausdruck der Knappheit des Bodens ist, und zugleich auf dem Zinsfuß, der mit den Bodenverhältnissen an sich nichts zu tun hat, sondern ein Ausdruck der Knappheit des Kapitals ist. Deshalb steigen die Bodenpreise, wenn der Realzins sinkt, und sie sinken, wenn der Realzins steigt, auch wenn sich an Angebot und Nachfrage beim Boden nichts geändert hat.

setzter Vorgänge wie Eroberung und Vertreibung, durchmischt mit Bodenspekulation und natürlich auch ehrlichem Erwerb – einer Kette von Vorgängen, die sich bis in die Gegenwart erstreckt, für die Verteilung unter den heute Lebenden maßgebend ist und sie angeblich legitimiert.

Eine solche Bodenverteilung muss immer wieder ausschwitzen, woraus sie selbst gebacken wurde: Erstbesetzung und Vertreibung, Krieg und Gewalt usw. Den Boden zum Kapitalgut zu machen, das heißt eben, den Boden zum Beutegegenstand und die ganze Erde zu einem riesigen Zankapfel zu machen.

Eine solche Bodenverteilung bedeutet damit auch stets die Entmündigung der Gegenwart durch die Vergangenheit, die Unterdrückung des Neuen, Innovativen, auch des Fremden durch die, die schon vorher da waren. Das mag im Bereich der geschaffenen Güter berechtigt sein. Es ist aber der heute lebenden Menschheit nicht angemessen, sich die Verteilung der ohne alle Arbeit vorhandenen gemeinsamen Lebensgrundlagen von der Vergangenheit vorschreiben zu lassen! Jede Zeit hat ihr eigenes Recht, jeder Mensch ist auf dieser Erde ein Erstgeborener!

Vor dem Hintergrund ungelöster Verteilungsprobleme haben Gesetze und Regelungen zum friedlichen Zusammenleben oft nur den Stellenwert eines Friedensvertrags unter Aufrechterhaltung der Kriegsursachen, eines Waffenstillstands also, aber keinesfalls einer wirklichen und dauerhaften Lösung. Eine Überwindung des Dogmas vom Boden als Kapitalgut ist daher nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis von zentraler Bedeutung.

Wer dem Boden den Charakter eines Kapitalguts entziehen will, muss ihn mit einer Abgabe in Höhe der Bodenrente – als Steuer oder Erbbauzins – belasten! Dann sinkt sein Kapitalwert auf null. Die Einnahme der Gemeinschaft sollte gleichmäßig an alle Menschen verteilt werden, um jeden zum gleichberechtigten Erdenbürger zu machen! ■

Fritz Andres ist seit 1987 Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung, Bad Boll.

Ein ausführlicherer Beitrag des Autors zum Thema Boden und Ressourcen findet sich unter: www.inwo.de/boden-und-ressourcen/

W

ie kommt es zur Vorstellung vom Boden als einem Kapitalgut?

Boden wirft, soweit er knapp ist, für den Besitzer

einen laufenden, im Prinzip ewigen Ertrag, die sog. Bodenrente ab. Einen laufenden Ertrag gibt es aber auch beim Kapital, nämlich den Zins. Bodenrente und Zins sind als laufende Erträge miteinander vergleichbar. Und da jedem Zinsertrag ein Kapitalbetrag entspricht, der ihn abwirft, nimmt man auch für den Boden einen seiner Rente entsprechenden Kapitalwert an.

Warum der Boden kein Kapitalgut ist

Trotz der Vergleichbarkeit von Zins und Bodenrente ist der Boden selbst jedoch kein Kapitalgut: Kapital ist vorgetane oder aufgethäufte Arbeit, jedenfalls aber Produkt der Arbeit. Boden und Natur dagegen sind beinahe zu definieren als das ohne Arbeit Vorhandene. Kapital ist vermehrbar, Kapital nutzt sich ab, Boden dagegen ist unvermehrbar und wird jedenfalls bei sachgemäßem Gebrauch nicht verbraucht.

Auch macht es volkswirtschaftlich keinen Sinn, von Grundvermögen zu sprechen. Vermögen wird gebildet aus Ersparnis, der Boden resultiert aber nicht aus Ersparnis. Der Sinn der Ersparnis ist Vorsorge für zukünftigen Konsum, Boden ist aber nicht konsumierbar.

Irrtum mit Folgen

Die Behandlung unserer Lebensgrundlage Boden als Kapitalgut hat wichtige Folgen für den Charakter unserer Gesellschaft:

Boden als Kapitalgut bedeutet, dass man ein Grundstück gegen Hergabe einer Kapitalsumme, also für einen Kaufpreis erwerben kann und mit dem Eigentum ein ewiges Recht am Boden erhält. Denkt man sich eine Erstverteilung des Bodens durch Versteigerung, so könnte man vielleicht noch meinen, dass die sich dabei ergebenden Preise zu einem gerechten Verteilungsergebnis führen. Aber damit ist der Boden endgültig verteilt! Wer später kommt, wie Kinder, Fremde oder Menschen mit neuen Fähigkeiten und Bedürfnissen, der findet die Erde verteilt vor und muss an die, die vor ihm da waren und daraus ein Vorrecht ableiten, gewissermaßen Eintritt bezahlen, um auf der Erde leben zu dürfen. Denn ohne Entgelt lassen die »Herrn der Erde« weder ihre Zeitgenossen noch, zunächst einmal, ihre Nachfolger an ihre Privilegien heran.

Jede im Prinzip endgültige Verteilung des Bodens produziert also neben den Konflikten unter den Zeitgenossen den Verteilungskonflikt auf der Zeitschiene laufend neu. Die ganze Bodenverteilung der Gegenwart wird dadurch zum Abdruck einer bis weit in die Vergangenheit zurückreichenden Kette so zweifelhafter, mit Gewalt und Krieg durch-

Bodenproblematik und Ressourcenschutz

Die gegenwärtige Wirtschaftsweise bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen: Artensterben, Klimawandel, Verlust der fruchtbaren Böden, Überfischung der Meere, verschärfte Ressourcenkriege etc. – Was können wir wirksam dagegen tun?



egen des Anwachsens und der Konzentration der Geldvermögen sowie der sinkenden Rendite am Kapitalmarkt wird vermehrt spekulativ in Land und Rohstoffe investiert. Diese steigende Nachfrage nach Gütern, die nicht von Menschen gemacht sind und daher auch nicht durch menschliche Arbeit vermehrbar sind, ermöglicht verstärkt private Einkünfte ausschließlich aufgrund von Eigentum und Verfügungsrechten an diesen knappen Gütern. Solche Einkommen (ökonomische Renten) stehen eigentlich der Allgemeinheit zu.

Unser Ressourcenverbrauch ist zu hoch. Alle Naturgüter sollen sparsam genutzt werden, und alle Menschen sollen daran teilhaben können. Gegenwärtig werden jedoch zunehmend mehr Menschen durch Privatisierungen und sinkende Arbeitseinkommen davon ausgeschlossen.

Die Ressourcenkriege und ihre Folgen werden auch bei uns immer spürbarer: Die Flüchtlingskrise ist eine der Auswirkungen. Neben den Sofortmaßnahmen – Aufnahme, Integration – braucht es Maßnahmen, die die Ursachen angehen. Um unsere Lebensgrundlagen zu schonen und allen Teilhabe zu ermöglichen, benötigen wir wirkungsvolle finanzielle Instrumente, die sowohl individuelle Verhaltensänderungen als auch einen Umbau der Wirtschaft unterstützen.

Boden und Naturressourcen als Allgemeingut

Wir fordern:

- Wer Boden oder andere natürliche Ressourcen nutzt, soll dafür ein laufendes Entgelt an die Allgemeinheit zahlen. Dies wird entweder durch ein Bieterverfahren oder durch Zahlung von Abgaben erhoben
- Die Zahlungen sollen gleichmäßig pro Kopf der (Welt-)Bevölkerung zurückverteilt werden: Einnahmen aus Bodennutzung eher lokal oder zum Verbleib bei den Kommunen, aus Wasserrechten eher regional, aus CO₂-Emissionszertifikaten global. Jede Kommune, jede Gebietskörperschaft kann mit einer nachhaltigen Boden- und Ressourcenpolitik einfach beginnen.

- Jeder Mensch erhält die Durchschnittszahlung zurück. Wer – direkt oder indirekt – Naturgüter durchschnittlich nutzt (Gesamtverbrauch geteilt durch die Anzahl der Nutzer), bekommt so viel zurück, wie er oder sie bezahlt hat. Damit wird die durchschnittliche Nutzung kostenfrei. So ist das gleiche Anrecht jedes Menschen an den Naturgütern erreichbar.
- Wirksame Ökosteuern waren bisher nicht durchsetzbar, weil sie eine zusätzliche finanzielle Belastung der Endkonsumenten darstellten, bis hin zum Ausschluss von der Nutzung lebensnotwendiger Güter. Die Rückverteilung hingegen ermöglicht allen die Teilhabe.
- Die Verteuerung der Nutzung der Naturgüter am Anfang der Produktionsketten dämpft die Nutzung und schützt die Naturgüter.
- Gleichzeitig müssen wir über ein anderes Eigentumsregime an den Naturressourcen nachdenken. Die Verfügungsmacht sollte in der Hand der Gemeinschaft sein.

Was erwarten wir davon?

- Die Verteuerung der Rohstoffe drängt die Produzenten zu effizienterer Nutzung. Wer rascher umsteuert, hat zunächst einen Wettbewerbsvorteil. Mittelfristig ebnet der Wettbewerb die »Pioniervorteile« ein, das niedrigere Nutzungsniveau wird Standard.
- Recycling-Wirtschaft wird lohnend(er).
- Die geplante Obsoleszenz (vorzeitiger Verschleiß) wird teurer, daher weniger lukrativ.
- Reparaturfreundlichkeit von Produkten wird zu einem Wettbewerbsvorteil.
- Die Verteuerung der Naturressourcen vergünstigt relativ den Faktor »menschliche Arbeitskraft«. Auch dies steigert tendenziell die Nachfrage nach Arbeitskräften.
- Die Produzenten geben die »Einstandspreise« der Naturgüter über die Produktpreise weiter. Transport- oder energieintensive Güter z.B. werden also stärker

Wasser gehört zu den lebensnotwendigen Ressourcen, von denen niemand durch Privatisierung ausgeschlossen werden darf.



im Preis ansteigen als Güter aus regionaler Herstellung. Die weniger ressourcenintensiven Güter werden so für die Konsumenten attraktiver. Das unterstützt die Änderung des Lebensstils.

- Durch die Rückverteilung zahlen die »Verschwender« an jene mit einem die Naturgüter schonenden Lebensstil, ohne dass es eines »gläsernen Verbrauchers« bedarf. Nettoempfänger ist nur, wer unterdurchschnittlich verbraucht!
- Diese pro Kopf gleiche Rückverteilung begünstigt relativ die niedrigeren Einkommen. Wegen ihrer niedrigeren Sparquote stärkt dies direkt die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen – jedoch ohne stärkere Belastung der Naturressourcen! Denn genau deren Verbrauch wird ja spürbar teurer, also gebremst!
- Der absolute Verbrauch an Naturgütern muss zur Vermeidung von Rebound-Effekten begrenzt werden. Die Abgaben für Naturgüter müssen daher so lange regelmäßig erhöht werden, bis notwendige Mengenziele erreicht sind. Diese Mengenziele sind von der Gemeinschaft vorzugeben, der Markt kann sie nicht setzen. ■

Alwine Schreiber-Martens, Dipl. Mathematikerin, INWO-Mitglied

Für eine zukunftsfähige Grundsteuer

Unsere Boden- und Steuerordnung lässt die Privatisierung der gemeinschaftlich geschaffenen Bodenrenten zu. Private Bodeneigentümer sind so die größten Nutznießer öffentlicher Güter. Die Grundsteuerreform kann das ändern.

Die Zinsen sinken, doch die Mieten steigen – vor allem in den Ballungsräumen. Wenn ein Mieter 12 Euro für den Quadratmeter in München bezahlt, im Hunsrück aber nur 4 Euro, liegt das an Unterschieden in den Bodenerträgen (»Bodenrenten«), die der Grundstückseigentümer erzielen kann. Von 2004 bis 2014 stiegen in Berlin die Mieten um 45 Prozent nicht aufgrund ihrer stetig verbesserten Bausubstanz. Diese verliert sogar im Laufe der Zeit an Wert – anders als der Boden. Viele glauben, die Mieten würden durch die energetische Sanierung nach oben getrieben. Das stimmt zwar auch, aber die energetische Sanierung stellt vor allem ein legales Mittel für die Eigentümer dar, um die gestiegenen Bodenrenten abzuschöpfen.

Wie kommen Bodenrenten zustande?

Wer »macht« eigentlich die Bodenrenten und den Bodenwert? Sind sie das Ergebnis der Anstrengungen der privaten Bodeneigentümer? Wohl kaum. Bodenrente und Bodenwert ergeben sich vor allem aufgrund von Lagevorteilen gegenüber anderen, abseits gelegenen Grundstücken.



Was macht aber eine gute Lage, z.B. in der Innenstadt von München, aus? Der Blick auf die Berge? Einen solchen hat man auch am Fuße des Hindukusch-Gebirges. Dort hat man aber keine Ansammlung hochqualifizierter Fachkräfte und Unternehmen, keine Universitäten, keine Krankenhäuser, keine S- und U-Bahnen, keine Schwimmbäder und vor allem keine Sicherheit. Dies alles sind Leistungen

der Allgemeinheit. Deren Früchte fallen den Bodeneigentümern hierzulande unentgeltlich zu.

Denn unsere Boden- und Steuerordnung erlaubt die Privatisierung der gemeinschaftlich geschaffenen Bodenrenten und Bodenwerte. Die Bodeneigentümer profitieren somit am meisten von der Erstellung öffentlicher Güter. Nachdem der Staat es zulässt, die öffentlich geschaffenen Leistungen zu privatisieren, muss er danach zu seiner Finanzierung privat geschaffene Leistungen sozialisieren – vor allem durch die Besteuerung von Arbeit.

Deutschland liegt im OECD-Ranking der Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben auf dem dritten Platz.

Mieter zahlt zweimal

Was bedeutet dies konkret für einen normalen Mieter? Seine Miete kann, je nach Lage der Wohnung, 30 bis 40 Prozent des Nettoeinkommens auffressen. Profiteur ist der Bodeneigentümer. Geht der Mieter einer Arbeit nach, entfällt fast die Hälfte der Arbeitskosten auf Steuern und Sozialabgaben. Zudem bezahlt er auch bei jedem Einkauf Umsatz-

fach zur Kasse gebeten, zugunsten des Grundstückseigentümers.

Der Boden als nunmehr wichtigster Treiber der Umverteilung gehört in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Idee, die Bodenrenten abzuschöpfen und gleichzeitig die Steuerlast vor allem der Lohnsteuer zu reduzieren, sollte spätestens jetzt breit diskutiert werden. Sie hätte sehr positive verteilungspolitische Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Bodenrente auch Kern der Unternehmensgewinne

Wenig bekannt und bewusst ist, dass der Kern von Unternehmensgewinnen insbesondere von Großkonzernen regelmäßig in Bodenrenten oder vergleichbaren ökonomischen Renten besteht. Beispiel McDonald's: Was ist das Kerngeschäft? Burgerbruzzeln? Falsch. McDonald's ist vielmehr eine der weltgrößten Immobiliengesellschaften.

Aber auch die zeitliche Lage von Start- und Landerechten auf Flughäfen, die für den Geschäftserfolg entscheidend ist, bringt einigen Fluglinien ökonomische Vorteile gegenüber anderen ein, die im weiteren Sinne als ökonomische Renten aus Boden bezeichnet werden können.

Unter anderem aus diesen Gründen wollte der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz die von Henry George entwickelte und von anderen ausformulierte Idee der Besteuerung von Boden auf Vermögenswerte mit ähnlichen Eigenschaften übertragen, z.B. auf CO₂-Verschmutzungsrechte, Fischereilizenzen, Funkfrequenzen etc.

Beschäftigt man sich intensiver mit dieser weit zurückgehenden Denkrichtung, wird schnell klar, dass sie alles andere als überholt ist. Der Vorstoß der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« ist ein wichtiger erster, wenn auch noch ein sehr kleiner Schritt in diese Richtung. ■

Die längere Erstfassung dieses Textes erschien bei Telepolis:
<http://www.heise.de/tp/artikel/46/46454/1.html>

Dirk Lohr ist Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier. Er ist Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. und betreibt den Blog rent-grabbing.com

Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!«

Ziel dieses bundesweiten Aufrufs zur Grundsteuerreform ist die Einführung einer Bodensteuer, mit der nur noch der Boden besteuert wird, und nicht mehr die aufstehenden Gebäude. Auch die INWO gehört zu den Unterstützern. Unterschreiben auch Sie!

Bereits 2010 verlangte der Bundesfinanzhof ein neues Verfahren zur Ermittlung der Grundsteuer. Doch nicht erst seitdem diskutieren Bund, Länder und Gemeinden über eine Reform. Die bisherigen Vorschläge wollen an dem geltenden Prinzip festhalten, dass nicht nur der Grund, sondern auch das Gebäude, das darauf steht, die Höhe der Grundsteuer bestimmt. Sinnvoller wäre es jedoch, allein die endliche Ressource Boden zu besteuern. Betrachtet man das gesamte deutsche Steueraufkommen, kostet Grundeigentum sehr wenig: Die Grundsteuer macht nur ca. zwei Prozent aller Steuern aus, die Lohn- und die Umsatzsteuer dagegen je fast ein Viertel. Die Grundsteuer ist mit einem Anteil von über 20 Prozent jedoch nach der Gewerbesteuer die wichtigste Steuer für die Gemeinden. Auch deswegen sollten sich gerade die Kommunen und Sie selbst, als Einwohnerin und Einwohner, für eine zeitgemäße und zukunftsfähige Reform stark machen.

Der Aufruf:

Ein wirtschaftlicher Umgang mit dem knappen Gut Fläche, die innerörtliche Aktivierung von Flächen für Wohnen und Gewerbe und die Ertüchtigung des Gebäudebestands sind dauerhafte Herausforderungen in und für die Städte und Gemeinden überall in Deutschland. Der Grundsteuer könnte hierbei eine Schlüsselrolle zukommen, indem sie mit ihrer Lenkungswirkung die Bewältigung dieser Herausforderungen künftig befördert. Für die Kommunen bundesweit wäre eine zeitgemäße, weil investitionsfreundliche, sozial ausgewogene und zukunftsgerichtete Grundsteuer von großer Bedeutung.

Die Unterzeichnenden appellieren daher an die Finanzministerkonferenz der Länder, die Untersuchung verschiedener Grundsteuer-Reformmodelle zu ergänzen um zwei Varianten, und zwar die »reine Bodenwertsteuer« und die »kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer.« Beide Varianten haben sich sowohl in einer kürzlich veröffentlichten Simulationsanalyse (siehe unten) als auch in einem bereits vor 15 Jahren durchgeführten Praxistest als vorzugswürdig herausgestellt. Eine Entscheidung über die Reform der Grundsteuer darf erst getroffen werden, nachdem

auch diese beiden Varianten vertieft untersucht und bewertet und mit den anderen zur Diskussion stehenden Varianten verglichen wurden. Die Unterzeichner appellieren außerdem an die kommunalen Spitzenverbände, sich gemeinsam mit ihnen für eine umfassende Prüfung und Bewertung der zwei erwähnten Varianten einzusetzen.

Neue Bodensteuer in der Simulation

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat mit einem neuen Simulationsmodell verschiedene Grundsteuermodelle analysiert. Die im Oktober 2015 publizierten Ergebnisse

1. Alle untersuchten Reformmodelle führen im Durchschnitt bei Einfamilienhäusern nur zu geringfügigen Belastungsverschiebungen. Hingegen belasten die Bodensteuermodelle Einfamilienhäuser in teuren/städtischen Lagen.
2. Demgegenüber werden Mehrfamilienhäuser bei den Bodensteuermodellen im Durchschnitt deutlich entlastet, da diese Modelle eine effiziente Grundstücksnutzung honorieren.
3. Nur eine als Bodensteuer ausgestaltete Grundsteuer mobilisiert unbebaute Grundstücke. Umgekehrt wirkt eine Grundsteuer, die im Wesentlichen die Gebäude besteuert, wie eine Sondersteuer auf Investitionen mit



stellen die bisherigen Reformüberlegungen der Finanzminister grundlegend in Frage. Das erste zentrale Ergebnis der Studie ist, dass die einzelnen Bundesländer jeweils das Reformmodell vertreten, das für sie die größten finanziellen Vorteile verspricht. Das erklärt zu einem großen Teil, warum sich die Finanzministerkonferenz auch nach so vielen Jahren Variantendiskussion noch auf kein gemeinsames Modell verständigen konnte.

Die Studie zeigt außerdem, dass die Sorge, die Einführung einer Bodensteuer führe zu unverhältnismäßig hohen Belastungsverschiebungen, unberechtigt ist. Auch eine Bodensteuer führt zu politisch vertretbaren Steueranpassungen.

Die Studie macht deutlich, dass eine Bodensteuer zu einer besseren Nutzung der Grundstücke führt. Hinsichtlich einzelner Grundstückstypen kommt das IW Köln zu folgenden Ergebnissen:

entsprechend negativen Signalen und Konsequenzen.

Ein weiterer wichtiger Grund, der aus Sicht des IW Köln für eine Bodensteuer spricht, ist der geringe Verwaltungsaufwand. Da es bei der Bodensteuer nicht mehr notwendig ist, Gebäude zu erfassen und zu bewerten, sinken die Kosten im Vergleich zum Status Quo und zu den von den Finanzministern bisher untersuchten Modellen spürbar.

Als Fazit sprechen die Autoren der Studie die Empfehlung an die Finanzminister des Bundes und der Länder aus, sich die Bodensteuer(varianten) sehr genau anzuschauen und ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Weitere Informationen, etwa zu den Ergebnissen der IW-Studie, und die Möglichkeit zu unterzeichnen (als Privatperson, Bürgermeister, Verband oder Organisation) finden Sie unter: www.grundsteuerreform.net.

Direkte Demokratie nutzen

Die Regierungsform der Schweiz, eine (halb)direkte Demokratie, bedeutet insbesondere, dass das Volk nicht nur wie in einer repräsentativen Demokratie das Parlament wählen kann, das dann die Gesetze erlässt, sondern dass es auch direkt Änderungen in der Verfassung vorschlagen und darüber abstimmen kann. Das gilt sowohl für die Bundesverfassung als auch für die Kantonsverfassungen.

Zudem unterliegen die vom Bundes- oder dem Kantonsparlament beschlossenen Gesetze dem fakultativen Referendum, wenn eine Anzahl von Stimmberechtigten (auf Bundesebene 50'000, auf kantonaler Ebene z.B. im Kanton Zürich 3'000 gültige Unterzeichnungen) darüber eine Abstimmung verlangt. Das führt zu parlamentarischen Entscheiden mit hohem Konsens und damit zu einer mehrheitsfähigen, also den Volkswillen repräsentierenden Politik.

Einen die Bundesverfassung betreffenden Änderungs- oder Ergänzungsvorschlag, genannt Eidgenössische Volksinitiative, müssen mindestens 100'000 StimmbürgerInnen handschriftlich unterschreiben. Dann wird er von Bundesrat und Parlament beraten und innert 2 - 3 Jahren zur Volksabstimmung gebracht. Diese ist rechtsgültig angenommen, wenn die Mehrheit der StimmbürgerInnen und der Kantone sie befürwortet.

Volksinitiativen gibt es auch auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Weitere Informationen finden sich unter:
www.ch.ch/de/initiativen

Im Folgenden bringen wir ein aktuelles Beispiel (zwei weitere Beispiele in der Schweizer Ausgabe), wie dieses demokratische Instrument es ermöglicht, gezielt freiwirtschaftliche Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.

- Kantonale Initiative zum Thema Boden
- Eidgenössische Initiative zum Thema Grundeinkommen (S. 23 der Schweizer Ausgabe)
- Eidgenössische Initiative zum Thema Vollgeld (S. 24 der Schweizer Ausgabe)

Neue Bodeninitiative Kanton Basel-Stadt

Boden lässt sich nicht herstellen, er ist kein »erzeugtes Gut«. Boden ist darum keine Ware. Boden ist eine endliche Ressource. Und er ist ein Erbe der Menschheit. Auch für den Boden gilt, dass wir ihn in gewissem Sinne nur ausgeliehen haben von den Generationen, die nach uns folgen. Wir müssen daher für ihn Sorge tragen.

Boden muss grundsätzlich allen Menschen zugänglich sein. Steigt sein Wert, ist das nicht das Verdienst eines einzelnen Menschen. Darum steht der Wertzuwachs der Gemeinschaft zu.

Kanton soll Land nicht mehr verkaufen

Die »Neue Bodeninitiative« ist aus dem Gegenvorschlag der Regierung zur früheren Initiative »Boden behalten – Basel gestalten! Bodeninitiative« entstanden. Die im April 2015 mit über 3'000 handschriftlichen Unterschriften zustande gekommene neue kantonale Volksinitiative verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt sein Land grundsätzlich nicht mehr verkauft. Die Neue Boden-



Die INWO unterstützt verschiedene Volksinitiativen

initiative wird direkt und ohne Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

In der Vergangenheit wurde wertvolles kantoneigenes Land an externe Investoren verkauft. Dies war zum Nachteil des Kantons, weil mit dem Boden auch der Ertrag aus Wertsteigerungen und darüber hinaus jeder künftige Gestaltungsspielraum verloren ging. Alle diese Nutzungen des verkauften Bodens wären auch im Baurecht möglich gewesen. Der Kanton soll deshalb sein Land an Dritte nur noch im Baurecht abgeben und dadurch auch in weiterer Zukunft über seinen Boden bestimmen können.

Kanton vergibt Land im Baurecht

Das kantonale Baurecht kann genutzt werden, um bestimmte Nutzungen (etwa nachhaltiges Bauen, soziale, kulturelle oder gewerbliche Aktivitäten) durch günstige Baurechtszinsen gezielt zu fördern. Es erleichtert zudem die Schaffung von bezahlbarem, familienfreundlichem und umweltschonendem Wohnraum.

Die Vergabe von Baurechten anstelle von Landverkauf soll für den Kanton Basel zur Selbstverständlichkeit werden. Die Initiative sichert dem Parlament, den Behörden und letztlich der Bevölkerung auch in Zukunft Handlungsspielraum bei der Bewirtschaftung des kantonalen Boden- und Immobilienbesitzes. Wie wirtschaftsfreundlich das Baurecht ist, zeigen die bekannten Baurechtsareale auf Kantonsgebiet (Messegelände, Gewerbehäuser Neudorf, usw.).

Erträge des Kantons steigen

Mit der Abgabe von Boden im Baurecht kann der Kanton mit seinem Eigentum langfristig zuverlässig Einnahmen für gesellschaftlich notwendige Aufgaben erzielen. Das ist für den Kanton Basel-Stadt finanziell deutlich lohnender als der einmalige Verkauf von Boden. Bei aktuellen Beispielen (Hafen, Depot Dreispitz, usw.) liegt der mögliche Ertrag für den Kanton aus der Überlassung im Baurecht um bis zu 30 Prozent höher als bei einem Verkauf. Und: Neben dem laufenden Ertrag bleiben auch der Boden und dessen Wertsteigerung beim Kanton – und kommen uns allen zugute!

Mehr Informationen unter: www.bodeninitiative-basel.ch

Die INWO: nachhaltig engagiert!



SCHWEIZ



Vortragsveranstaltungen, Treffen und Gesprächskreise



Informationsstände, Filmvorführungen
und Buchvorstellungen, künstlerische Aktionen



Vernetzung mit anderen Initiativen und Einrichtungen



Erstellung und Verbreitung von Infomaterial
wie Flyer und r-evolution

Werden Sie Mitglied!

Als Mitglied (CHF 100.- oder nach eigenem Ermessen) und als Gönner (aufgerundeter Mitgliederbeitrag) bilden Sie das finanzielle Fundament der INWO Schweiz und ermöglichen unser Engagement für ein nachhaltiges Finanzsystem sowie eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Postadresse:

INWO Schweiz
Postfach 3161
5430 Wettingen 3
Tel.: 056 426 60 90
buero@inwo.ch

Bankverbindung:

Postkonto 30-1771-2
IBAN CH83 0900 0000 3000 1771 2

INWO

DEUTSCHLAND

Die INWO:



Infostände bei kleineren und größeren
Veranstaltungen wie dem Kirchentag, Beteiligung
an Demos und Vorführung unserer Zinsbombe



Kongresse, Vorträge, Seminare, Aktiventreffen



Infomaterial wie Bücher, Zeitschrift FAIRCONOMY,
CDs und DVDs, Flyer und Postkarten, Filmförderung



Kontaktaufnahme mit Ökonomen, Wirtschaftsjournalisten und Politikern,
INWO-Standpunkte und Positionspapiere

aktiv für eine bessere Welt!

INWO

DEUTSCHLAND



Einfallsreiches Werbematerial wie unsere 30%-Zins-Bierdeckel, Rettungspakete, Rettungsschirme und spezielle INWO-T-Shirts mit 30%-Zins-Waschsymbol oder INWO-Anstecknadeln



Wöchentlich neue Kommentare zum Wirtschafts- und Währungsgeschehen auf unseren Internetseiten, Newsletter, Youtube-Kanal mit Filmen, INWO-Anzeigen im Netz

Werden Sie Mitglied!

Da unsere vielen Aktivitäten Zeit und Geld kosten, freuen wir uns über Ihre Unterstützung. Sei es ideell, durch aktive Mitarbeit oder finanziell. Um unseren Einfluss zu vergrößern, brauchen wir eine starke Mitgliederbasis.

Wir bitten Sie daher: Werden Sie INWO-Mitglied! Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf S. 22. Abonnieren Sie unseren Newsletter mit einer Mail an: rundbrief@INWO.de

Möchten Sie für unsere Arbeit spenden?
Unsere Kontoverbindung:

Konto Nr. 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG
Bochum, BLZ: 430 609 67
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf:
Mitgliedsanträge/Beitragsverwaltung:

INWO e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
E-Mail: finanzen@INWO.de

Vorstand/Redaktion:

INWO e.V.
Redaktion FAIRCONOMY
Aldrufer Brink 75
48268 Greven
E-Mail: INWO@INWO.de
oder redaktion@INWO.de



Interview mit Helmut Creutz

Beate Bocking: Helmut, Du bist nun 92 Jahre alt. Wann und wie bist Du mit den Gesell'schen Geld- und Bodenreform-Ideen in Berührung gekommen?

Helmut Creutz: Das lief über mein Buch »Haken krümmt man beizeiten – Schultagebuch eines Vaters«, das 1977 bei Bertelsmann erschien. Das Buch löste einen ganz schönen Wirbel aus, u. a. auch den Besuch eines Aufnahme-Teams der Sendereihe »Titel-Thesen-Temperamente«, in der ein 20-minütiger Filmbeitrag darüber erschien. Und unter den vielen Leserbriefen war dann auch der eines alten Gesell-Anhängers aus Berlin, Walter Michel, der mich mit einem kleinen Buch von Hans Kühn über die Wirkungen von Zins und Zinseszins informierte, die mir sofort einleuchteten und mich zu immer ausführlicheren Befassungen anregten, vor allem mit den aktuellen Zahlen.

BB: Dein Buch »Das Geldsyndrom« aus dem Jahr 1993 ist zum Standardwerk unserer Be-

wegung geworden. Bevor es erschien, hast Du dich zwölf Jahre intensiv mit dem Thema Geld und seiner Bedeutung für die Wirtschaft beschäftigt. Welche Erkenntnisse waren für Dich selbst – aus der Wirtschaftspraxis kommend – am erstaunlichsten?

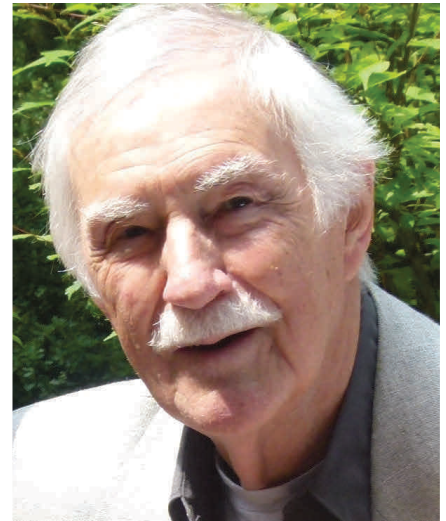
HC: Die Erkenntnis, dass hier ein Mechanismus wirkt, der uns unausweichlich zu einer ständig zunehmenden Wirtschaftsleistung zwingt, wenn wir den sozialen Kollaps vermeiden wollen. Ein Tatbestand, der jedoch in der Wissenschaft kaum beachtet wird.

BB: Sofort eingeleuchtet hat mir u.a. Deine Abbildung »Wachstum und Geldvermögen«, in der Du die Wachstumsschübe in unserer Wirtschaft durch die Zinseszins-bedingte exponentielle Entwicklung der Geldvermögen erklärst. Das Sozialprodukt musste seit 1950 ständig wachsen: Zur Bedarfsdeckung kam die Bedarfsweckung, dann die Verschuldung, die Ausweitung des Exports ... Und heute?

HC: ... sind wir immer noch in der Zwickmühle, entweder noch mehr Wachstum oder sozialer Kollaps. Denn die Zins-bedingt ständig zunehmenden Einkommens-Umschichtungen von der Arbeit zum Besitz haben inzwischen bereits erreicht, dass – wie in den letzten Wochen zu lesen – ein Prozent der Weltbevölkerung rund die Hälfte des globalen Vermögens besitzt!

BB: Du warst einer der ersten, der das Überwachstum von Geldvermögen und Schulden thematisiert hat und der einem überhaupt deren Zusammenhang richtig klar gemacht hat. Haben sich Ökonomen und Politiker damals für Deine Arbeiten interessiert?

HC: Hier und da gab es mal kurze Reaktionen und in der Partei »Die Grünen« – die meine Frau und ich mit gegründet hatten – sogar einmal ein Wochenendseminar in Hannover, zu dem u. a. die Professoren Hankel, Altvater und Suhr eingeladen waren.



BB: Die Notenbanken haben nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 verschiedenste außer-gewöhnliche Maßnahmen ergriffen. Haben sie richtig gehandelt?

HC: Richtig waren auf jeden Fall die Absenkung der Leitzinsen und die Flutung der Märkte mit mehr Geld, zur Deflationsvermeidung. Aber der entscheidende Schritt, die Haltung des Bargeldes mit Kosten zu belasten und damit den Geld-Kreislauf zu stabilisieren, also jener Ansatz, für den sich die Geldreform-Bewegung einsetzt, wurde bisher leider nicht getan. So muss die EZB immer noch etwa das Zehnfache der Bargeldmenge ausgeben, die tatsächlich in Benutzung ist.

BB: In Deinem Geburtsjahr, 1923, herrschte in Deutschland Hyperinflation. Glaubst Du, dass sowas nochmal passieren könnte?

HC: Angesichts der vorhandenen Bargeldmenge ist auch so etwas immer noch möglich und man kann nur hoffen, dass die weltweit zunehmenden Spannungen nicht noch zu Schlimmerem führen: zum Beispiel zu dem, was die Hyperinflation in meinem Geburtsjahr und deren Folgen mit sich brachten.

BB: Und was wäre Deiner Meinung nach jetzt am notwendigsten, um unser Ziel einer gerechteren und auch menschengerechteren Wirtschaft zu erreichen?

HC: Das Wichtigste wäre wohl, jene Mechanismen zu verändern, die heute zu den bereits genannten Reichtums-Konzentrationen führen und deren Entwicklungen sich noch ständig beschleunigen! Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden ja erfreulicherweise – wie erwähnt – mit den Absenkungen der Zinssätze bereits getan. Man müsste nur noch das Bargeld einbeziehen.

Wirtschaftsleistung und Geldvermögen

Entwicklungsvergleich - angenäherte Realwerte - 1950 bis 2010

Die überproportionale Entwicklung der Geldvermögen erfordert zur Zinsbedienung eine ständige Ausweitung der Wirtschaftsleistung und damit des Verbrauchs und der Belastung der Umwelt

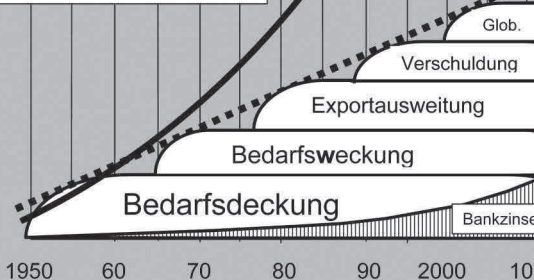
Geldvermögen
steigen exponentiell
2010 = 8997 Mrd Euro
Anstieg seit 1950:
x 46

Sozialprodukt
steigt linear
2010 = 2499 Mrd Euro
Anstieg seit 1950:
x 8

*) Die Bankzinserträge steigen mit den Geldvermögen und den daraus resultierenden Schulden!

Mit 433 Mrd Euro entsprachen sie im Jahr 2008:

17% des Bruttoinlandsprodukts,
24% des Volkseinkommens,
67% der Nettolöhne und -gehälter,
73% der Steuereinnahmen bzw.
142% des Bundeshaushalts!



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 071



Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!



Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012

Die aktualisierte Ausgabe des Standardwerks der Geldreform, das erstmals 1993 erschien, gibt Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den problematischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft. In den Medien sind Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Umweltzerstörung und zunehmende soziale Polarisierung täglich Thema. Dabei werden die Ursachen meist in menschlichen Verhaltensweisen oder politischen Entscheidungen gesucht, selten in wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, kaum im Bereich des Geldes. Spannend aufgearbeitete Fakten und Lösungsvorschläge zur Überwindung der monetären Krisenursachen. 483 S., 63 Grafiken, Wissenschaftsverlag Mainz, aktualisierte Neuauflage 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3



Dirk Lohr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung.

Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungs-Gurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusionsrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits ein.

314 S., metropolis Verlag, 3. vollständig überarbeitete Auflage 2015, 28.00 €, Art.Nr. E5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform



Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5



Jürgen Probst: Perspektiven fließenden Geldes. Ein Spaziergang durch unser Währungssystem, 72 S., INWO 2006, 3.50 €, Art.Nr. A9



Silvio Gesell: Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat. Werkauswahl zum 150. Geburtstag, Pb., 230 S., Verlag für Sozialökonomie 2011, 19.90 €, Art.Nr. E2



Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01€, Art.Nr. K9



Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9



Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9



Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge Pb., 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9



Dirk Lohr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zum Diebstahl wird, 198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5



Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €



Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen. www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

E-Mail*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum*

Unterschrift*

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- [] Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
[] Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
[] Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

[] Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

_____ Vorname		_____ Name	
_____ Straße		_____ Postleitzahl	_____ Ort
_____ E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)		_____ Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	
_____ Ort, Datum		_____ Unterschrift	

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

_____ Geburtsdatum bzw. Jahrgang	_____ Beruf/Tätigkeit
-------------------------------------	--------------------------

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____ BIC: ____ | ____

Name des Kreditinstituts: _____

Unser Wirtschaftssystem – eine Lachnummer?

Narren haben von jeher die Freiheit, Dinge tun oder sagen zu können, die andere nicht tun oder sagen dürfen. Unsere Kabarettisten nutzen diese Narrenfreiheit, um uns übers Geld aufzuklären.



Damals wie heute halten die Narren unserer Gesellschaft einen Spiegel vor.

Es ist doch wirklich das ganz große Thema, oder, bei allen, diese Krise? ... Und viele Menschen haben jetzt ne große Sorge in dieser Krise, dass es vielleicht das Ende wär von der freien Marktwirtschaft. Und da glaub ich: Nein, das ist nicht das Ende der freien Marktwirtschaft. Weil i glaub, ehrlich gesagt, die Marktwirtschaft war noch nie richtig frei. Net so frei wie wir glauben tun«, so Kabarettist Frank-Markus Barwasser alias Erwin Pelzig in »Pelzig unterhält sich«. Im Interview mit dem Wirtschaftsjournalisten Caspar Dohmen stellte er fest, dass die meisten Menschen sich nicht bewusst machen, was mit ihrem Geld passiert: »Wir wissen nicht, was die Bank wirklich damit macht. Und da können wir gute Menschen sein, so wie sie da, sie denkt sie is ein guter Mensch – und in Wirklichkeit treibt ihr Geld riesen Sauereien!«

Chin Meyer erklärte eine dieser fragwürdigen Geschäftsideen von Banken, die »Fuselanleihe«, in einer Talkrunde bei Markus Lanz mal so: Ein Kneipier eröffnet eine Kneipe in einer Gegend mit vielen armen Alkoholikern und lässt seine Kunden anschreiben, da sie nicht bezahlen können. Sein Berater von der Bank sagt dazu: »Brillant! Daraus basteln wir jetzt ein Finanzprodukt. Wir nehmen jetzt diese Schuldscheine, wir bündeln die und verkaufen die weiter, mit einem gewissen Abschlag. Wenn das 100 Euro Schulden sind, verkaufen wir die für 70 Euro weiter. Dann freut sich jemand, die restlichen 30 von den Alkoholikern zu holen – und wir sind das Risiko los.«

Worin das eigentliche Problem liegt, erzählt Volker Pispers in den »Mitternachtsspitzen«: »Wenn der Schuldner nicht zurückzahlen kann, ist das Geld weg. Das ist das, was die Banken einfach nicht begreifen wollen. Wir haben gar keine Schuldenkrise, wir haben eine Vermögenskrise! Die Griechen vermögen die Schulden nicht mehr zu bezahlen. Und Schulden und Vermögen hängen nunmal zusammen. Ihre Schulden, das ist Ihr Vermögen. Und der Witz im Kapitalismus ist, den Menschen zu erzählen, man könne das Geld für sich arbeiten lassen. Das ist der größte Unsinn des Jahrhunderts! Haben Sie schonmal versucht, nem 50-Euro-Schein ne Schippe in die Hand zu drücken?

Geld kann nicht arbeiten, arbeiten können nur Menschen! Wenn Sie bei ihm Schulden haben, müssen Sie dafür arbeiten, um die Zinsen zu erwirtschaften, die sein Vermögen vermehren sollen. Und sein Vermögen wird immer größer, durch die Zinsen, die Sie erwirtschaften, und irgendwann ist sein Vermögen so groß, dass Sie die Zinsen nicht mehr erwirtschaften können. Und das ist das, was jetzt passiert: Wir haben eine Zinseszins-Krise.«

Christoph Sieber rechnet vor: »1 % der Weltbevölkerung besitzen so viel wie 99 % des Restes« – da bleibt ihm nichts anderes übrig, als »hoffnungslos optimistisch« zu bleiben ... Seinem Kollegen Georg Schramm fällt dies schwer. Als Oberstleutnant Sanftleben gibt er einen fatalen Lagebericht über die Schandtaten des Geldes ab: »Wovon wir reden, ist eine neue Art von Krieg. Der erste Weltkrieg, Landsleute, der mit virtuellen Waffen ge-

führt wird. Es ist der Krieg Geld gegen Staat. Ein sehr ungleicher Krieg, ich sag's gleich, wir machen da keinen Stich! Der Gegner setzt Massenvernichtungswaffen ein: CDO, CDS, Swaps, Derivate, Leerverkäufe (...) Der Krieg Geld gegen Staaten begann im Jahr 2007 mit einem Angriff von Big Money. Dieser Angriff erfolgte dezentral, aber global, auf sämtliche faulen Kredit handelnden Banken in dieser Welt, speziell allerdings im Euroraum, im Pfundraum und im Dollarraum. Die faulen Kredite waren zum Teil vom Angreifer sogar in die Länder und Banken eingeschleust worden. Man ging davon aus, die Banken werden gerettet durch die Staaten, was auch erfolgt ist. Ergebnis: Dabei haben die ihr ganzes Pulver auf einmal verschossen. Ergebnis ist bekannt: Banken gerettet, Staatshaushalt überschuldet.«

Auch HG. Butzko, der »Meister des investigativen Kabarett« sagt: Es geht um »Geld oder Leben«. Seine gleichnamige Ökonometriecherche hat er 2011 als Buch veröffentlicht – der Untertitel: »eine Reise durch den Wirtschaftswahnsinn«. Schon ein Jahr zuvor hatte Hans Gerzlich in seinem Buch »die Wechseljahre einer Volkswirtschaft« ausgemacht und »Geld für alle« gefordert.

Gut, dass Volker Pispers weiß, wie es ein Entkommen aus dem Wahnsinn gibt: »Das Schuldenproblem ist zu lösen. Denn wenn Sie sich bitte mal angucken: Die Entwicklung der Staatsschulden in den letzten 20 Jahren ist gleich der Entwicklung der Vermögen der Reichen in Europa. Schulden und Vermögen halten sich immer die Waage. (...) Das Geld ist da, aber in der Hand von wenigen Menschen (...) – also können wir die Schuldenkrise morgen lösen. (...) Es gibt nur ein Problem: Wir haben eine Demokratie. Und sie kriegen in einer Demokratie keine Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bevölkerung profitieren würden. Schade!«

»Wir haben die beste Demokratie, die man für Geld kaufen kann.«, setzt Arnulf Rating in »Rating Akut« noch einen drauf. Doch Rating wäre nicht Rating, wenn er nicht Rat wüsste: »Wir brauchen ein paar wirklich Verrückte! Wir sehen ja, wohin uns die Normen gebracht haben.«



Kann der Mensch im Luftballon sein Leben verbringen?

Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil seiner selbst; wir können uns den Menschen ohne die Erde ebenso wenig denken wie ohne Kopf und Magen. Wie der Kopf, so ist auch die Erde ein Teil, ein Glied des Menschen.

Jedoch ist dem Menschen nicht, wie der Pflanze, mit einem Teile der Erde gedient; er braucht die ganze Erde, und zwar braucht jeder einzelne Mensch die ganze Erde ungeteilt.

Er braucht die Früchte der heißen und der gemäßigten Zone, wie auch die des hohen Nordens, er braucht für seine Gesundheit die Gebirgs-, See- und Wüstenluft: Zur Geistesaufrischung braucht er den Verkehr und die Erfahrung aller Völker der Erde. Er braucht alles, selbst die Götter der verschiedenen Völker braucht er als Vergleichsgegenstände für seine Religion. Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.

Dürfen wir nun gestatten, dass einzelne Menschen Teile dieser Erde, Teile von uns selbst, als ausschließliches und ausschließendes Eigentum in Beschlag nehmen, Zäune errichten und mit Hunden und abgerichteten Sklaven uns von Teilen der Erde abhalten, uns ganze Glieder vom Leibe reißen? Bedeutet ein solches Vorgehen nicht dasselbe, wie eine Verstümmelung an uns selbst?

Silvio Gesell: Gesammelte Werke - Band 11 - Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 4. Auflage (1920), vom Autor letztmalig selbst überarbeitet. Fachverlag für Sozialökonomie 1991, S. 101.

Die Gesammelten Werke stehen unter dieser Adresse im Internet zum Download bereit:
http://www.silvio-gesell.de/html/gesammelte_werke.html